

ser Worte als eine Vorwegnahme und vorbildliche Erfüllung der Gesinnung angesehen werden, wie sie der Bischofseid verspricht. Darum darf in diesem Jahr, da wir Ulrichs gedenken, von einer beispielhaften Kraft seines Lebens gesprochen werden.

Der Öffentlichkeitsanspruch des Katholizismus und die Front der Gewerkschaften

Von RÜDIGER ALTMANN

Eine Betrachtung über den Öffentlichkeitsanspruch des Katholizismus gegenüber den Gewerkschaften muß zunächst der Gefahr zweier Mißverständnisse begegnen.

Wenn im folgenden von Katholizismus die Rede ist, so nicht im theologischen Sinne und in der Absicht, „das Wesen“ des Katholizismus erschöpfend zu analysieren. Freilich wird die Legitimität des katholischen Anspruchs als grundsätzlich unbestritten und unbestreitbar vorausgesetzt. Katholizismus aber wird hier als Gruppe unter anderen Gruppen der Gesellschaft verstanden, als gesellschaftliche Macht im Gegensatz und im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Mächten und Kräften. Eine solche Unterscheidung zwischen dem gesellschaftlichen Phänomen und dem überzeitlichen Wesen des katholischen Anspruchs scheint um so notwendiger, als die Nichtunterscheidung zwischen soziologischer und spiritualistischer Betrachtung heute allzuoft zu Scheindiskussionen führt, in denen sich wertfreier (und insofern glaubensloser) Soziologismus und spiritualistischer Ideologismus ebenso unversöhnlich wie unfruchtbar gegenüberstehen.

Ein zweites Mißverständnis: Gustav Gundlach hat zwar kürzlich mit Recht bemerkt, die katholische Soziallehre sei „kein Pastorale“; sie ist aber ebenso wenig ein Lehrbuch der Sozial- oder gar Wirtschaftspolitik, sondern — juristisch ausgedrückt — die Subsumption des sozial-ökonomischen Sachverhalts unserer Zeit unter den gesicherten Tatbestand der katholischen Sittenlehre. Sie enthält insofern auch keine bestimmte Sozial- und Wirtschafts-ideologie und rechtfertigt weder „kapitalistische Restaurationen“ noch „sozialistische Experimente“. Gerade diese wohlthuende Sachlichkeit in einer Diskussion, in der oft unklare Ideologien wie Kraut und Rüben durcheinanderstehen, ermöglicht es, den zahllosen und verwirrenden Entwürfen, Aktionen und Deklarationen gegenüber eine gewisse Überlegenheit zu bewahren und stärkt den normativen Charakter der kirchlichen Entscheidung. Das ironische und skeptische Wort Friedrichs II. von Preußen, er sei neutral zwischen Rom und Genf, könnte angesichts dieser überlegenen Haltung — wenn man die Verurteilung der sozialistischen und liberalen Philosophie hier beiseite läßt und nur die *tatsächliche* Struktur der modernen Massengesellschaft im Auge behält — überraschend und im umgekehrten Sinne aktuali-

siert werden: Der Katholizismus ist neutral zwischen Kapitalismus und Sozialismus, soweit sein umfassender Öffentlichkeitsanspruch nicht in Frage gestellt wird.

Dieser Öffentlichkeitsanspruch ergibt sich aber nicht nur aus dem Lehramt und ganz allgemein aus dem *unverlierbaren* Wesen der Kirche, sondern auch aus der Lage des Katholizismus in der industriellen Massengesellschaft.

Grundsätzlich muß man hierbei davon ausgehen, daß diese moderne Gesellschaft *pluralistisch* organisiert ist; sie besteht aus durchaus verschieden strukturierten, oft heterogenen Gruppen, aus deren Zusammenwirken und Auseinandersetzungen sich der soziale Prozeß und auch die politische Ordnung integrieren muß. „Der Staat“ — um dies Problem kurz zu streifen — findet weder „eine präformierte Sozialordnung“ (Forsthoff) vor, noch repräsentiert er selbst eine autoritative und unangefochtene Obrigkeit. Es ist nicht zufällig, daß die Staatslehre seit Hegel den Begriff des Staates nicht mehr eindeutig zu definieren vermochte. Die Wortverbindungen, in denen heute das Wort Staat gebraucht wird — Wohlfahrtsstaat, Verwaltungsstaat, Parteienstaat —, zeigen eigentlich nur noch eine besondere staatliche Funktion an. Darüber hinaus heißt Staat die oberste politische Plattform, auf der die die Gesamtgesellschaft betreffenden Entscheidungen fallen. Der Staat ist nur noch ein — wenn auch der wesentlichste — Teil der politischen Verfassung der Gesellschaft. Der deutsche Katholizismus, der sich oft nur mit Mühe der preußischen Nichts-als-Staatlichkeit erwehren konnte, hat keinen Grund, in dieser Entwicklung etwas, wie Werner Weber meint, „Abgründiges“ zu sehen. Andererseits muß er sich aber auch darüber im klaren sein, daß er nicht die einzige Gruppe ist, die sich im Zuge dieser Entwicklung eine weitgehende Autonomie vom Staat erkämpft hat; während Industrie und Landwirtschaft aus erklärlichen Gründen schon frühzeitig in ihren Ansprüchen anerkannt wurden, hat sich der deutsche Katholizismus ähnlich wie die Gewerkschaften erst im Zuge der allgemeinen Demokratisierung durchsetzen können. Über die Situation der Gewerkschaften wird in diesem Zusammenhang weiter unten noch zu sprechen sein. Jedenfalls kann als Ergebnis festgestellt werden, daß das Problem der *Willensbildung der Gesellschaft* heute zum schlechthin entscheidenden der politischen und sozialen Ordnung geworden ist. Diese Willensbildung beruht auf der Teilnahme aller am Gesamtprozeß, also auf prinzipieller Öffentlichkeit. Öffentlichkeit und Teilnahme sind in dieser Form die Bedingungen, unter denen Verfassung und Staat in der industriellen Massengesellschaft allein funktionieren und ihre Integrationsaufgabe erfüllen können.

Von hier aus muß auch die Position des Katholizismus als eine der großen Gruppen der pluralistischen Gesellschaft gesehen werden. Er unterscheidet sich von den anderen Gruppen in zweifacher Hinsicht:

Man kann zunächst sagen, daß der Katholizismus integraler als sämtliche anderen Gruppen ist: Er umfaßt vertikal Angehörige aller Schichten der Gesellschaft unter einer für alle gleichen Wertüberzeugung und besitzt in-

sofern eine relative Unabhängigkeit gegenüber sozial-ökonomischen Sonderinteressen. Diese Einheitlichkeit seiner öffentlichen Meinung wird zweitens überhöht und gesichert durch seine hierarchische Struktur; sie hat, bedingt durch den Kulturkampf im Dritten Reich, eher noch eine Verstärkung erfahren.

Die politische Soziologie neigt heute unter dem Einfluß amerikanischer Lehren häufig dazu, Kirchen, Gewerkschaften, Bauern-, Wirtschafts- und sonstige Verbände unterschiedslos in der Betrachtung gleichzustellen und sie insgesamt als „Pressure-Groups“ zu bezeichnen. Mit Recht wird eine solche undifferenzierte Gleichsetzung von katholischer Seite abgelehnt. Andererseits wäre es aber falsch, die Teilnahme des Katholizismus an der Willensbildung der Gesellschaft zu leugnen oder abzuschwächen. Der Katholizismus ist zwar keineswegs in erster Linie oder hauptsächlich, aber doch *auch* eine politische Realität. Es gibt also, und zwar berechtigtermaßen, einen politischen Katholizismus. Die Einwände gegen seine Existenz oder der Versuch, sie zu verschleiern, gehen an der gesellschaftlichen Wirklichkeit der modernen Demokratie vorbei. Seine Methoden können zwar umstritten sein, nicht aber sein legitimes Recht auf Mitwirkung an der gesellschaftlichen Willensbildung.

Die Katholische Aktion, die in den zwanziger Jahren ins Leben gerufen wurde, war der große Versuch, nach den Kulturkämpfen die gesellschaftlich-politische Position des Katholizismus neu zu definieren und zu aktivieren. Sie war der Schlußstein einer Entwicklung, die die apologetische Vereinsamung des Katholizismus, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreicht hatte, beendete. Sie war aber auch — und nicht nur in Deutschland — zunächst mehr Sammlung bereits vorhandener und entwickelter geistiger Strömungen und Organisationen als ein neuer Anfang; ein Impuls zur Konzentration, zum engen Zusammenwirken zwischen katholischer Gesellschaft und Hierarchie, die zu einer „*acies bene ordinata*“ gefügt werden sollten. So hat sie eigentlich mehr integrierend als schöpferisch formend gewirkt: Das Zentrum, die Partei des deutschen Katholizismus, hat seine Schlüsselstellung in der parlamentarischen Demokratie nicht zur Stabilisierung des sozialen und politischen Gefüges der Weimarer Republik auszubauen vermocht und wurde unter einem so wohlmeinenden Mann wie dem Reichskanzler Brüning zum Opfer der Kräfte, an deren Überwindung es einst selbst mitgewirkt hatte. Die Ordnungsvorstellung der deutschen Katholiken war wohl nicht entschieden genug, um dem drohenden Zusammenbruch des gesellschaftlichen Gefüges erfolgreich entgegenwirken zu können.

So notwendig also die Integration der katholischen Kräfte war, so kann sie allein nicht genügen. Integration ist ein selbstverständliches und notwendiges Prinzip jeder Verfassung und erhält seine besondere Bedeutung im weltumspannenden Universalismus der Kirche. Aber der Katholizismus in seiner jeweilig verschiedenen nationalen und kulturellen Prägung kann

nicht mit der Kirche gleichgesetzt werden. Er ist als Gruppe der nationalen Gesellschaft — in Deutschland ganz anders als z. B. in Spanien — auf Kommunikation mit andern Gruppen angewiesen, vor allem deshalb, weil er mit ihnen an der gesellschaftlichen Willensbildung teilnehmen muß. Aus der Überbetonung des Integrationsgedankens jedoch, wenn er sich unvermerkt aus einem Funktionsprinzip der Verfassung der Kirche zum Organisationsprinzip einer gesellschaftlichen Gruppe entwickelt, erwächst die Ideologie des Integralismus.

Damit soll keineswegs bestritten werden, daß auch der Katholizismus eine Integrationsaufgabe hat. Sie beruht auf dem für alle Christen verpflichtenden apostolischen Missionsauftrag wie auf der Tatsache, daß er auch als gesellschaftliche Gruppe einen universalen, alle sozialen Schichten umfassenden Charakter hat und bewahren muß. Stets muß man auch im Auge behalten, daß Katholizismus und Kirche wohl unterschieden, aber nicht getrennt gedacht werden können. Doch mag es auch viele mit stolzem Bewußtsein erfüllen, in einer Gesellschaft, deren Wertüberzeugungen unsicher geworden sind, eine Festung zu errichten, deren geschlossene Tore das Eindringen zweifelhafter Elemente verhindern und hinter deren Schutz man durch Parlamentäre verhandelt, so bedarf es keiner Beweise, daß die Ideologie des Integralismus insofern weder der katholischen Wahrheit noch der gesellschaftlichen Wirklichkeit entspricht.

Ebenso muß man sich darüber im klaren sein, daß der Integralismus ganz allgemein zu den gefährlichen Schwächen einer pluralistischen Gesellschaft gehört und nur eine Verhüllung des Gruppenegoismus darstellt, der Angst hat, durch echte Kommunikation mit andern Gruppen ideologisch und organisatorisch geschwächt zu werden, und sich deshalb auf das Ausspielen seiner Macht und seines Einflusses beschränkt.

Integration darf eben nicht nur als innere Aufgabe der Gruppe gesehen werden; sie muß sich auf das ganze Volk erstrecken, in dem der Katholizismus lebt und wirkt, ganz gleich, ob andere Gruppen dieses Volkes andere religiöse Überzeugungen oder soziale Ordnungsvorstellungen haben, die sich von der katholischen Sittenlehre unterscheiden. Eine solche Auffassung entspricht zweifellos auch dem heutigen Selbstverständnis des deutschen Katholizismus, wenigstens in seiner herrschenden öffentlichen Meinung.

Die pluralistische Form der Gesellschaft ist es, die den Katholizismus zwingt, seinen Öffentlichkeitsanspruch nicht wie bisher allein gegen den Staat — Gesetzgebung und Verwaltung also — sondern an alle die sozialen Gruppen zu richten, die zu Mitträgern der Öffentlichkeit geworden sind. Er verlangt, soweit er sich an die Gewerkschaften richtet, zunächst eine Beurteilung der Lage der Arbeiterbewegung. Bei der engen Verwandtschaft zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie muß hierbei auch die SPD gestreift werden. Doch ist die theoretisch-ideologische Diskussion, wie oben bereits angedeutet wurde, ein wenig fruchtbarer Ansatzpunkt für eine solche Betrachtung. Das Entscheidende ist vielmehr die ständig gewachsene gesell-

schaftliche politische Autonomie der Arbeiterschaft, die — formal gesehen — eine gewisse Parallele in der Befreiung des Katholizismus aus den engen Schranken des obrigkeitsstaatlichen Kirchenrechts besitzt.

Der zeitgenössische Katholizismus hat diese Entwicklung zum gesellschaftlichen Pluralismus ebensowenig beachtet, wie die Arbeiterbewegung, deren Führer, zum großen Teil in vulgär-marxistischen Anschauungen erzogen, nicht zugeben wollten, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften längst legalistisch-parlamentarisch dachten und damit antirevolutionär geworden waren. Umgekehrt war der Katholizismus in der ständig dringender werdenden Auseinandersetzung mit der Arbeiterbewegung eher geneigt, der Autorität des Staates zu vertrauen, als seinen Öffentlichkeitsanspruch an sie selbst zu richten. Er dachte etatistisch, nicht gesellschaftlich. Man zweifelte von vornherein daran, daß es gelingen könne, aus dem Ohne- und Gegen-einander von Katholizismus und Arbeiterschaft ein Miteinander zu machen — ein Miteinander, das gewiß mit Mißverständnissen und weltanschaulichen Kontroversen belastet sein würde.

So ist es in der Tat nicht erstaunlich, wie sehr sich das katholische Denken selbst an die ideologische Auseinandersetzung mit dem Marxismus gefesselt hat. Das Auftauchen marxistischer Gedanken und der Einfluß dieses oder jenes Marxisten werden oft mit einer Art dankbarer Feindseligkeit begrüßt, als seien sie die Bestätigung eines alten und liebgewordenen Mißtrauens. Ebenso leicht läßt sich das Einschwenken mancher Gruppen auf einen liberalen Sozialismus „durchschauen“, da der Liberalismus längst als „Zwillingsbruder des Marxismus“ entlarvt ist.

Deshalb ist die allgemeine Lage des deutschen Sozialismus den Katholiken weithin unbekannt; unbekannt infolgedessen auch, daß sie dem Katholizismus bessere Chancen als je zuvor in der Geschichte dieser alten Feindschaft bietet. Gewiß wird da und dort die Manövrierunfähigkeit der Sozialdemokratie und ihre — wenn man so sagen darf — ideologische Paralyse ironisch begrüßt. Wichtiger aber als die oft angegriffene „Verstocktheit und Sterilität ihres Parteiapparates“ dürfte die Erkenntnis sein, daß Westdeutschland das einzige Land des europäischen Kontinents ist, in dem die führende Arbeiterpartei und Gewerkschaft nicht nur nicht-kommunistisch ist, sondern seit der Entwicklung Rußlands zur totalitären Diktatur in tödlicher Feindschaft mit dem Kommunismus lebt. In Italien und Frankreich verfügen die Kommunisten über starke, wahrscheinlich die stärksten Massenparteien und kontrollieren die wichtigsten Gewerkschaften. Die sozialistischen Parteien dieser Länder haben nur sekundäre Bedeutung. Der deutsche Sozialismus ist also faktisch isoliert, weil er den Kontakt zum Kommunismus ablehnt. Soll man die Schwächung und Vereinsamung der Sozialdemokratie bis zu einem Punkt treiben, wo ihr nur die Alternative zwischen Kapitulation oder Volksfrontpolitik bleibt?

Eine zweite und echte Schwierigkeit ist die Sozialautonomie der Arbeiterschaft. Der Katholizismus ist ihr, wie sich sehr klar aus der Entwicklung der

christlichen Gewerkschaften ergibt, stets mit großer Skepsis begegnet. So mehrten sich auch heute wieder die Stimmen, die — sicherlich nur aus Gründen christlicher Verantwortung — eine katholische Gewerkschaftsbewegung mit organisatorischer Eigenständigkeit fordern. Ganz unberechtigt sind diese Forderungen nicht; denn man muß zugeben, daß der katholische Öffentlichkeitsanspruch bisher nur geringes Gehör fand und der eigengewerkschaftliche Integralismus solchen Ansprüchen nur wenig Verständnis entgegenbrachte. Andererseits ist aber auch noch nicht versucht worden, den katholischen Anspruch genügend zu differenzieren. Schließlich darf nicht übersehen werden, daß hinter den starken Worten der Gewerkschaftsführer nicht nur naives Machtbewußtsein, sondern ebenso eine erhebliche Unsicherheit steckt, deren Gründe man kennen und verstehen muß. Unter diesen Aspekten erscheint die Alternative: Aufgeben des katholischen Anspruchs oder völlige Trennung von der Einheitsgewerkschaft, ganz abgesehen von den Erfolgchancen, zweifelhaft. Die nichtkatholischen Gewerkschaften, zweifellos mit der großen Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft, würden auf den Weg radikalisierender Konkurrenz getrieben und der katholische Anspruch gegenüber der Gesamtheit nicht gerade gestärkt.

Hätte nicht z. B. die Auseinandersetzung um das Problem der Arbeiterpriester in Frankreich für die deutschen Verhältnisse fruchtbarer gemacht werden können? Gewiß, die deutschen Zeitschriften, nicht nur die katholischen, haben ausführlich davon berichtet und die Leser gut informiert. Auch die Schwierigkeit der Arbeiterseelsorge, in die starre und feindselige Front der kommunistischen Arbeiterfront einzubrechen, wurde deutlich gemacht. Aber hätte sich nicht aus dieser Tatsache der Schluß ziehen lassen, daß die deutsche Situation ungleich günstigere Möglichkeiten bietet? Müßten bei uns wirklich die Priester der Arbeiterseelsorge, um wirken zu können, ihre soziale Solidarität bis zur Aufgabe ihres *Amtes* und ihres öffentlichen Priestertums steigern, oder besitzt umgekehrt, der deutsche Katholizismus in Kolpingsvereinen und Wochenzeitungen eine so stabile Position, daß er distanziert und in Ruhe diese „französischen Experimente“ verfolgen kann? Wären nicht diese und andere Fragen den Gewerkschaften zur Diskussion und zur Verhandlung zu stellen, ehe man sich in die Gefahr ghettohaften „Unter-sich-seins“ begibt? Mit Sicherheit läßt sich sagen, daß um die Gestaltung der Sozialordnung katholischerseits ein harter Kampf geführt werden muß; es kann trotzdem — um ein Wort von Jaspers zu gebrauchen — ein liebender Kampf sein, nicht ein Abbrechen, sondern eine Verstärkung der Kommunikation.

Das Beispiel der Arbeiterpriester macht aber auch deutlich, daß der Öffentlichkeitsanspruch des Katholizismus keineswegs prinzipiell mit dem der Gewerkschaft in Widerspruch steht. Beide bestehen grundsätzlich auf verschiedenen Ebenen, berühren sich keineswegs in ihrem gesamten gesellschaftlichen Umfang und tendieren notwendig in verschiedener Richtung. Aus der Natur der Sache heraus sind sie also weder „Partner“ noch „Gegen-

spieler“. Aber von ihren verschiedenen Bezugspunkten her überschneidet sich ihre Wirksamkeit vielfältig und keineswegs nur dadurch, daß Katholiken Mitglieder der Gewerkschaften sind und umgekehrt; denn beide beanspruchen als Gruppe eine entscheidende und mitbestimmende Teilnahme am Gesamtleben des Volkes: die Gewerkschaften behaupten, ein Allgemeininteresse am Aufbau eines demokratischen Sozialstaates zu vertreten, der Katholizismus (und auch der Protestantismus) beansprucht ein religiös-sittliches Lehramt, auf Grund dessen er ein legitimes Interesse an allen Äußerungen und Institutionen des öffentlichen Lebens hat. Das Verhältnis beider Gruppen zueinander schwankt zwischen Indifferenz und Mißtrauen, das verständlich und gewissermaßen unvermeidbar ist, solange sich keine Möglichkeit effektiver Koordination herausgebildet hat. Eine solche Koordination ist aber notwendig, will der Katholizismus endgültig aus dem staatlich gewährten Ressort der „Kulturfreiheit“ (einschließlich der Betätigung religiöser Organisationen) herauskommen und zu einem von allen Gruppen anerkannten Mitträger der Öffentlichkeit werden. Erkennt er die Gewerkschaften als Organisation der Arbeitnehmer an, so hat er umgekehrt Anspruch darauf, daß seine legitimen Ansprüche von ihnen anerkannt werden. Die Erklärung beiderseitiger Indifferenz wäre hier ebenso ungenügend wie hilflos, auch und besonders von seiten der Gewerkschaften; denn wenn sie behaupten, das Allgemeininteresse der Arbeiterschaft zu vertreten und nicht bloße Arbeitsschutzorganisation zu sein, dann gehört das religiöse Anliegen breiter Schichten der Arbeiterschaft genau so wie etwa die politische Bildung in den Bereich ihrer pflichtgemäßen Förderung. Die sich daraus ergebende funktionelle Überschneidung der Eigenbereiche beider Interessen ist nicht nur unvermeidlich, sondern der Sache nach auch notwendig und fordert gebieterisch eine Koordination; denn man kann das Leben eines Volkes nicht wie einen Kuchen in Sektoren (den sozialen, kulturellen, sportlichen etc.) aufteilen, die jeweils von monopolistischen Verbänden beherrscht werden. Eine solche Aufteilung würde auf die Dauer eine konstruktive Willensbildung der Gesellschaft unmöglich machen und die pluralistische Demokratie ähnlich der anarchisch sich auflösenden feudal-ständischen Ordnung, „monstro simile“, in einen Veitstanz heterogener Interessen verwandeln, bei dem ein Glied nicht mehr weiß, was das andere tut.

Man mag sich in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß z. B. sowohl der Katholizismus als auch die Arbeiterbewegung heute praktisch jeden Einfluß auf den Sport — es gab in den zwanziger Jahren sowohl eine große katholische, als auch eine Arbeiter-Sportbewegung — verloren haben. Der Sport hat sich inzwischen zu einem solchen eigenständigen gesellschaftlichen Sektor verselbständigt und „neutralisiert“; — ein Ergebnis gesellschaftlicher Desintegration, das zu denken geben sollte. —

In seiner Gesamtheit ist der Öffentlichkeitsanspruch des deutschen Katholizismus zugleich religiös universal und politisch national und in dieser Doppelung zugleich unerhört fruchtbar und gefährdet. — *Fruchtbar* insofern,

als seine Teilnahme an der Willensbildung eines religiös, sozial und politisch gespaltenen und pluralistisch organisierten Volkes wesentlich verhindern kann, daß die einzelnen Gruppen sich erstarrend voneinander abschließen und die politische Ordnung einer Gesellschaft, die sonst in fluktuierender Mobilität lebt, nur noch wie ein Schiff mit abgedichteten Schotten manövrieren kann und die Gegensätze steril konserviert; *gefährdet*, weil er vor dieser sittlichen und politischen Mission des katholischen Gedankens versagen muß, wenn er seine universale Integrationsaufgabe in den Schatten einer integralistischen Ideologie stellt.

Das moralische Urteil beim Kinde

Zu dem gleichnamigen Buche von Jean Piaget¹

Von JOHANNES M. HOLLENBACH S. J.

Zwang und *Zusammenarbeit* sind die beiden Zauberworte, mit denen Piaget alles zu deuten versteht, was irgendwie im Lauf der menschlichen Geschichte und in der Entwicklung des einzelnen Menschen an Moralität auftritt. Man glaubt sich in das Zeitalter der Aufklärung zurückversetzt, wenn es heißt: „Der soziale Zwang — hierunter verstehen wir jede gesellschaftliche Beziehung, bei der ein Element der Autorität mitspielt und die nicht, wie die Zusammenarbeit in einem reinen Austausch zwischen gleichgestellten Individuen besteht — wirkt auf das Individuum ähnlich wie der Zwang des Erwachsenen auf den Geist des Kindes. Daher bilden in Wirklichkeit die beiden Erscheinungen nur eine einzige, und der Erwachsene, der von der einseitigen Achtung der „Alten“ und der Tradition beherrscht wird, verhält sich wie ein Kind. Man kann sogar behaupten, daß der Realismus der primitiven Auffassungen vom Verbrechen und der Strafe eine infantile Reaktion ist. Für den Primitiven sind die geistige und die physische Welt eins: die Regel ist zugleich Gesetz des Universums und Prinzip des Verhaltens. Deshalb bedroht das Verbrechen das Gleichgewicht der Welt als solches und muß durch eine entsprechende Sühne mystisch ausgetilgt werden. Dieser Gedanke eines zugleich physischen und moralischen Gesetzes steht jedoch im Mittelpunkt des kindlichen Weltbildes, welches unter der Wirkung des Zwangs der Erwachsenen die Gesetze der physischen Welt nur als eine Art Gehorsam der Dinge gegenüber der Regel begreifen kann. Wie hätten aber die Gedanken der Strafe und Sühne eine derartige Ausdehnung in der Gesellschaft der Erwachsenen gewinnen können, wenn nicht die Menschen alle zuerst Kinder gewesen wären, und wenn das Kind nicht seit Anfang seiner geistigen Entwicklung die Beschlüsse der Erwachsenen, die es tadeln und bestrafen, geachtet hätte?“ (384/85)

¹ Jean Piaget, Das moralische Urteil beim Kinde. Zürich, 1954 aus dem Französischen übersetzt. 463 S.